

## Rede auf dem Stadtparteitag Magdeburg am 14.11.2020

Liebe Genoss\*innen,

geht er nun, der Trump oder ziert er sich weiter? Diese Frage hat in diesen Tagen fast die gleiche Aufmerksamkeit in den Medien wie die Frage nach den Neuinfektionen. Und scheinbar geht es nur um den Teil-Lockdown und ob es bald wieder Verwandtenbesuche gibt und die Kneipen wieder öffnen können. Sicher ist das für Gastronomen eine existenzielle Frage, zumal die angekündigten Hilfen des Staates gar nicht alle Gastronomiebetriebe erreichen.

Aber mit diesen Schlagzeilen kann man auch wunderbar davon ablenken, dass die Grunddefizite dieser Gesellschaft damit in keiner Weise behoben werden. Dafür reicht nicht aus, den Pflegekräften – nun endlich auch denen in Krankenhäusern – einen Bonus zu zahlen und Familien einen Kinderbonus zu zahlen, der diesmal nicht auf Hartz IV angerechnet wird.

Es bleibt bei der großen sozialen Kluft in der Gesellschaft, die durch die Corona-Pandemie nur noch stärker sichtbar geworden ist.

Es bleibt dabei, dass Alleinerziehende besonders unter der Situation leiden, es bleibt dabei, dass unter den Hartz-IV-Bezieher\*innen viele Aufstocker\*innen sind, also Menschen, die arm sind trotz Arbeit.

Es bleibt dabei, dass Kinder aus ärmeren Familien besonders stark betroffen sind, wenn Schulen geschlossen werden müssen, weil Eltern ihnen zu Hause nur wenig helfen können und sie nicht über ausreichende Lernmöglichkeiten (Kinderzimmer, Laptop, Internetanschluss) verfügen. Zwar gibt es inzwischen Urteile, dass die Jobcenter einen Laptop finanzieren müssen, aber ein iPad eben nicht.

Nun will ich gar nicht für den Einsatz von iPads in den Schulen werben, aber Kinder die in eine iPad-Klasse gehen, sind dann gleich mal stigmatisiert als solche, die sich das nicht leisten können. Und warum müssen solche Rechte eigentlich immer erst vor Gerichten ausgefochten werden, während Großkonzerne nur zu winken brauchen und Milliardenkredite erhalten. Während die Bundesregierung allein im ersten Halbjahr 2019 178 Mio. € für Beraterverträge ausgegeben hat (Matthias Höhn hatte gefragt), bleibt für die wirklich Bedürftigen nur wenig übrig und das muss oft noch umständlich beantragt werden. Warum ist das so?

Ganz einfach: Arme Menschen, Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften haben keine Lobby. Solo-Selbständige auch nicht.

Wir setzten dagegen: Doch. Sie haben uns.

Unsere Aufgabe muss es sein, ihre Interessen in die Politik zu tragen. Laut und unüberhörbar. Über alle demokratischen Wege, die uns möglich sind.

Protest gehört dazu ebenso wie Aufklärung. Es kann doch nicht sein, dass die 119 Dollarmilliardäre in Deutschland von März 19 bis Juli 20 ihr Vermögen um 20% steigern konnten! Auch in der Pandemie!

Da ist es doch nur Recht und billig, wenn sie mit einer Vermögensabgabe zur Finanzierung der Krise in die Pflicht genommen werden. Eigentum verpflichtet eben auch. So sagt es das Grundgesetz. Doch die Bundesregierung setzt eher auf erhöhte Krankenkassenbeiträge.

Der Regelsatz von Hartz IV steigt im kommenden Jahr gerade einmal um 14 Euro. Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren erhalten einen ganzen

Euro mehr. Das ist pervers: Klotzen bei den Reichen, kleckern bei den Armen.

Eine Vermögensabgabe zur Finanzierung der Krise muss mindestens kommen: Die Linksfraktion im Bundestag hat das in einer Studie der RLS mal durchrechnen lassen. Es geht, es ist angemessen, und die Superreichen werden nur ein bisschen ärmer.

**DIE LINKE ist das soziale Gewissen in dieser Gesellschaft.** Das war sie in den letzten Jahren immer und das muss sie auch weiter sein. Immer noch gilt der Spruch: je stärker DIE LINKE desto sozialer das Land.

So wollen wir auch in die Wahlen gehen und darum sind wir heute hier.

Wir dürfen diese Versammlung übrigens nur machen, weil sie unabdingbar ist für die Vorbereitung der Wahlen im kommenden Jahr. Da die Wahlen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht verschoben werden können, muss den Parteien die Möglichkeit gegeben werden, alle dafür nach Satzung und Wahlrecht nötigen Beschlüsse zu fassen.

Auf der 1. Tagung des 8. Landesparteitag, für den wir heute unsere Delegierten wählen, soll das Landeswahlprogramm beschlossen werden. Am 28. November soll es dafür eine Videokonferenz geben. Wir hoffen, dass es auch noch möglich ist, **vorher** den Entwurf des Programmes zu lesen, denn sonst lässt es sich schlecht diskutieren.

Im zweiten Teil unserer Mitgliederversammlung werden wir die Vertreter\*innen für die Aufstellung der Landeslisten zu den Landtagswahlen und zu den Bundestagswahlen bestimmen. Dabei geht es darum, welche Mitglieder wir als Abgeordnete in den Landtag bzw. den Bundestag schicken wollen. Und da geht es besonders auch um die Frage, welchen Platz auf der Landesliste Kandidierende aus Magdeburg

erreichen können. Die Landesliste zu den Landtagswahlen soll im Anschluss an den Landesparteitag Ende Januar gewählt werden, die zu den Bundestagswahlen voraussichtlich am 20. März.

Im Februar werden wir außerdem gemeinsam mit den Mitgliedern aus Schönebeck und Umgebung unsere Direktkandidatur im Wahlkreis 69 zur Bundestagswahl bestimmen.

Wie wir unter diesen Bedingungen unseren Wahlkampf bestreiten, können wir noch nicht völlig absehen. Welche öffentlichen Aktionen sind möglich, welche angezeigt? Das lasst uns gemeinsam beraten. Ideen sind gefragt. Und in eventuellen Auszählpausen können wir auch heute hier darüber reden.

Wichtig ist, dass wir die Menschen auch erreichen, die wir in der Politik vertreten wollen, für die unsere Angebote gemacht sind.

Viele unserer Adressat\*innen wohnen gerade in den Stadtteilen mit einer niedrigen Wahlbeteiligung, also mit einem hohen Nichtwähler\*innenanteil. Wir müssen alles, was wir können, tun, um sie stärker zu überzeugen, wählen zu gehen und zwar uns.

In den Wohngebieten mit einer hohen Wahlbeteiligung nutzen viele Menschen die Briefwahl. Bis zu 25% der Wähler\*innen sind es in einzelnen Wahlbereichen. Die erreichen wir in den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl nicht mehr. Also brauchen wir auch hierfür Ideen für eine rechtzeitige Ansprache.

In den letzten Monaten haben die Mitglieder unseres Stadtverbandes zehntausende Zeitungen unter die Leute gebracht. Das ist eine großartige Leistung für die wir uns bedanken. Jetzt ist die neue **Landtagszeitung** da und für den November ist auch noch eine **Massenzeitung** des Bundes angekündigt. Im neuen Jahr wird es eine

weitere **Extraausgabe** von Links und Aktuell geben und auch noch einmal eine Zeitung der Bundestagsfraktion. Auch für die Verbreitung der **Wahlzeitung** sind wir als Stadtverband selbst zuständig.

Also: Laufen ist weiter angesagt und ich bitte euch, nicht müde zu werden. Eine solche Präsenz in der Stadt hatten wir lange nicht.

Na, und Laufen ist ja auch gesund.

Eine Sache allerdings macht mir zunehmend Sorgen: das ist das Anwachsen des Protestes auf den sogenannten Hygiene- oder Queerdenker-Demos von Querdenker\*innen, Impfgegner\*innen, Verschwörungstheoretiker\*innen und anderen, vor allem auch rechten Gruppierungen. Die sind auch zunehmend von Gewalt geprägt. Neulich in Leipzig lief die komplett aus dem Ruder. Die „Querdenker“, die sich als Sammlungsbewegung verstehen, verkörpern eine Form der Systemkritik, so Björn Radtke und Joachim Bischoff in der Zeitschrift „Sozialismus“.

Nun muss man sich nicht wundern, dass der Unmut wächst, wenn die scheinbar maßgeschneiderten Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung nicht passen oder nicht abgerufen werden können – die großspurig angebotenen Unterstützungen für den November können immer noch nicht abgerufen werden.

Es ist auch nicht akzeptabel, dass die Exekutive nunmehr seit über einem halben Jahr per Dekret regiert und die Parlamente außen vor bleiben. Es fehlt an Transparenz, es kann nicht hinterfragt werden und im Zweifel macht dann auch noch jedes Bundesland, was es will.

Nachvollziehbarkeit ist eine Grundvoraussetzung für Akzeptanz.

Doch es ist völlig unakzeptabel, alle Vorsichtsmaßnahmen außer Kraft zu setzen, ohne Maske auf Demos zu gehen, Abstände nicht einzuhalten

usw. Die Maske ist kein Entzug von Freiheit, sondern die Ermöglichung von Freiheit unter den gegebenen Umständen!

Niemand hat das Recht mit Verweis auf die vermeintlich eigene Freiheit und individuelle Rechte die Rechte anderer zu verletzen.

Lasst uns darum dafür eintreten, dass die Demokratie gewahrt wird, Parlamente auch in der Coronakrise in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, Kundgebungen und Demonstrationen unter Einhaltung der Regeln stattfinden, Gewalt vermieden wird und die Gruppierungen von Pegida bis zu den Querdenker\*innen und Corona-Leugner\*innen keinen Zulauf erhalten.

Liebe Genoss\*innen,

wir sind euch sehr dankbar, dass ihr heute alle gekommen seid. Wir wollen den Tag so gestalten, dass von unserem Treffen keine Ansteckungsgefahr ausgeht. Darum die herzliche Bitte am Schluss: nehmt die Regeln ernst – wir wollen die Wahlen schnell und gesetzes- und satzungskonform absolvieren, damit wir personell gut für die Wahlen gerüstet sind.